

Avanti O.

ISO Oberhausen & FreundInnen

Solidaritätsdemo mit den streikenden Kolleg*innen in Essen, 9. August 2018



Foto: Avanti O.

Gemeinsam erfolgreich

O. G.

Die Beschäftigten in den Krankenhäusern haben den wachsenden Arbeitsdruck ertragen, bis es nicht mehr ging. Nun haben sie durch Streik einen Teilerfolg erzielt.

Seit Monaten finden an Kliniken überall im Land Arbeitskämpfe statt. Die KollegInnen wehren sich mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft ver.di gegen den drückenden Personalmangel und die daraus folgende Überlastung. Ihre Arbeitsbedingungen gefährden sowohl ihre eigene Gesundheit als auch die der PatientInnen.

An den Unikliniken Essen und Düsseldorf streikten hunderte Beschäftigte verschiedener Berufsgruppen wochenlang für mehr Personal: Pflegekräfte, aber auch Servicekräfte, Reinigerinnen, Elektriker, Labor- und Röntgenassistentinnen, Erzieherinnen, Angestellte der Verwaltung und andere.

In Essen hat sich während des Streiks ein Solidaritätskomitee gegründet, an dem sich UnterstützerInnen auch aus der Umgebung beteiligen.

Der Streik endete Ende August mit einem Teilerfolg:

Tarifverhandlungen für die Tochterfirmen, 180 zusätzliche Arbeitsplätze pro Klinikum, darunter 40 für die nichtpflegerischen Berufe und verpflichtende Besetzungen auf den Stationen, bei deren Unterschreitung Maßnahmen bis hin zu Bettenschließungen ergriffen werden müssen..

Ein Schritt nach vorne, aber das Ziel menschenwürdige Pflege, die sich an den Bedürfnissen von PflegerInnen und Gepflegten orientiert, ist damit noch nicht erreicht.

Die KollegInnen, die sich am Streik beteiligt haben, haben durch den gemeinsamen Kampf an Selbstbewusstsein gewonnen und wollen an dem Erfolg anknüpfen. Auch das Solidaritätskomitee macht weiter. Der Kampf ist nicht zu Ende und nur mit langem Atem und breiter Unterstützung zu gewinnen.

In der Oktober-Ausgabe der Sozialistischen Zeitung (SoZ) ist ein Interview mit Alexandra Willer erschienen. Sie war Mitglied des Streikkomitees, das sich die Streikenden am Uniklinikum Essen zur Leitung ihres Streiks gewählt haben. Dort bringt sie es auf den Punkt:

„Letztlich wird sich auch für die Arbeitenden im Gesundheitswesen erst dann wirklich etwas ändern, wenn sie und die Arbeitenden der anderen Branchen anfangen, gemeinsam zu kämpfen: Heute, um sich gegen den wachsenden Wahnsinn auf der Arbeit zu wehren, und morgen, um die Gesellschaft von diesem ganzen kapitalistischen System mit seiner Profitlogik zu befreien.“ ■

Das Interview, in dem Alexandra Willer den Verlauf, die Bedeutung und das Ergebnis des Streiks beurteilt, ist sehr lesenswert. Hier ist der Link zu dem Beitrag in der SoZ:

www.sozone.de/2018/10/streiks-an-unikliniken/

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe der *Avanti O.* erscheint später als geplant. Darum enthält sie neben aktuellen Beiträgen auch ältere Berichte. Aber auch die Themen der letzteren sind weiterhin aktuell:

So der Kampf für mehr Personal in den Krankenhäusern (S. 1 und 2), die Planungen für einen Frauen*streik 2019 auch in NRW (S. 5) und die miesen Arbeitsbedingungen bei Real (S. 4).

Außerdem enthält diese Ausgabe den VI. Teil der Reihe „Karl Marx wird 200“ von Manuel Kellner (S. 9), ein kleines Portrait einer Mitkämpferin, von Udo Filthaut, (S. 10) sowie ein erstaunlich aktuelles Gedicht aus jener Zeit (S. 11).

Auch heute müssen die Verrohung von Politik, welche angeblich unsere Sicherheit und unseren Wohlstand schützt und dafür Menschen nicht nur im Mittelmeer ersaufen lässt, und die Gleichgültigkeit der

Gesellschaft bekämpft werden (S. 6).

Und wer regiert eigentlich die Stadt? Am Beispiel Oberhausen Einblicke von Andrea-Cora Walther auf Seite 7.

Am 6.10.18 treffen sich wieder mal unsere kalten und heißen Krieger in Essen, auch um (wessen?) Wohlstand und Sicherheit mit Mord und Totschlag zu schützen (S.12). Wir unterstützen den Aufruf für den Protest gegen diese Veranstaltung.

Am 13.10.18 schließlich treffen sich Gegnerinnen und Gegner von Gewerkschaftsfeinden und Betriebsrats-Mobbern in Mannheim (S. 3). Auch den letztgenannten geht es nur um ihren eigenen Wohlstand.

Zuletzt bitten wir um Beachtung des Flyers der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Klimaschutz „Braunkohle Stopp“.

Eure Redaktion

TITEL	Inhalt	ANTIRASSISMUS
01 Streik an Unikliniken Ein Teilerfolg BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	06 Rassismus Ausgrenzung: Nicht Lösung, sondern Teil des Problems OBERHAUSEN	
002 UKE Solidaritätserklärung der ISO Oberhausen	07 Demokratie Wer regiert die Stadt? MARX 200	
02 Pflegenotstand Gründung des Essener Bündnisses für mehr Personal im Krankenhaus BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	09 Karl Marx wird 200 Die endlich entdeckte politische Form REVOLUTION, REVOLUTION	
03 Betriebsrats Mobbing 5. Konferenz in Mannheim	10 Die Apostolin des Communismus Mathilde Franziska Anneke	
04 Freitag der 13. Schwarzer Freitag für Real FEMINISMUS	11 Trotz alledem TERMINE	
05 Frauen*streik 2019 Gründung NRW Bündnis in Oberhausen	12 Aufruf Friedensdemo statt Nato-Kriegshetze	
	12 Termine	

Solidaritätserklärung

An die Streikenden vom UKE:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Personalnotstand in den Krankenhäusern und die daraus folgende Überlastung der Beschäftigten kann eigentlich niemandem gleichgültig sein: Nahezu alle sind direkt oder indirekt davon betroffen.

Es ist grotesk, dass in diesem Land auf der einen Seite die Vermögen und Einkommen einer kleinen Minderheit immer weiter steigen, während es auf der anderen Seite für die Allgemeinheit schon am Nötigsten mangelt.

Dass das UKE mit so viel Personal ausgestattet ist, dass weder ihr noch die von euch Gepflegten gefährdet werden, sollte eine Selbstverständlichkeit sein; ebenso eine eurer Qualifikation und

Verantwortung angemessene Bezahlung.

Dass genau das Gegenteil der Fall ist, zeigt einmal mehr, dass die öffentliche Daseinsvorsorge nicht den Gesetzen des Marktes unterworfen werden darf. Die Einführung der Fallpauschalen hat es ermöglicht, dass heute auf Kosten der Beschäftigten und zu Lasten der Patientinnen und Patienten „gespart“ wird, während Gesundheitskonzerne beträchtliche Gewinne generieren.

Wir freuen uns, dass ihr euch gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen gegen diese Zumutungen wehrt.

Wir unterstützen euren Kampf für einen Tarifvertrag Entlastung und wünschen euch vollen Erfolg!

ISO Oberhausen & FreundInnen, 3. Juli 2018

Gründung des Essener Bündnisses für mehr Personal im Krankenhaus

Am 28. Juli 2018 gründete sich in Essen mit mehr als 25 Menschen das Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus.

Gründungsmitglieder waren GewerkschafterInnen, Mitglieder linker Organisationen und Einzelpersonen. Darunter waren auch KollegInnen des UKE die sich im Streik für einen Tarifvertrag Entlastung befanden.

Das Bündnis unterstützt die aktuellen Kämpfe, nicht nur in Essen. Mit Öffentlichkeitsarbeit will es noch mehr Menschen für den Protest gegen die unhaltbare Situation in der Pflege gewinnen.

Mit der Beteiligung an der Demonstration der streikenden Kol-

legInnen vom UKE, Flugblattaktionen und der Planung von ersten Veranstaltungen zum Pflegenotstand hat das Bündnis bereits einiges auf den Weg gebracht.

Die nächsten Termine des Bündnisses

Montag, 8.10.2018, 18:00 Uhr: nächstes offenes Bündnistreffen, Gewerkschaftshaus (Raum K2), Teichstr. 4a, Essen

Dienstag, 23.10.18, 18:00 Uhr, Veranstaltung Krankenhaus statt Fabrik, Villa Rü, Essen

5. bundesweite Tagung „Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co.“ am Samstag, den 13.10.2018 ab 13:00 Uhr

Mit „Verdachtskündigungen“, mit Bspitzelung und Zersetzung des beruflichen und privaten Umfeldes wird gegen engagierte Betriebsräte vorgegangen. In der Folge kommt es bei Betroffenen zu schweren depressiven Erkrankungen und sogar zu Selbstmordversuchen. Nicht zuletzt entstehen existenzbedrohende finanzielle und familiäre Probleme.

Diese skandalösen Rechtsbrüche haben Unternehmensleitungen und ihre Helferhelfer in spezialisierten Anwaltskanzleien, Beratungsfirmen und Detekteien zu verantworten.

Auf der Konferenz kommt aber nicht nur die Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland an aktuellen Beispielen zur Sprache. Vielmehr werden betriebliche Beispiele einer erfolgreichen Abwehr des Betriebsrats-Mobbings vorgestellt.

Isaf Gün und Heike Madan vom IG Metall-Vorstand in Frankfurt referieren zum Thema „Gewerkschaftliche Gegenwehr – Vom Beschluss zur Praxis?“

Dr. med. Gerhard Bort (Medizinaldirektor beim Regierungspräsidium Stuttgart) setzt sich mit der Frage „Gesundheitliche Folgen von BR-Mobbing – Welcher Schutz ist möglich?“ auseinander.

Unterstützer der vom Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ organisierten Konferenz sind IG Metall Mannheim sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Mannheim / Rhein-Neckar-West, IG BCE Weinheim, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln. ■

Weitere Info und das Anmeldeformular sind zu finden unter:

www.gegen-br-mobbing.de/konferenz-br-im-visier

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Was tun?

Konferenz

mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen,
Isaf Gün und Heike Madan (IG Metall Vorstand),
Dr. med. Gerhard Bort (Regierungspräsidium Stuttgart)
und vielen anderen

Samstag, 13. Oktober 2018

13:00 – 19:00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim
mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim
sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Mannheim / Rhein-Neckar West
IG BCE Weinheim, ver.di Rhein-Neckar, Überbetriebliches
Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, work-watch Köln (Stand 31.07.2018)

Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co.

Am 13. Oktober 2018 findet bereits zum fünften Mal in Mannheim die bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ statt.

Von BR-Mobbing betroffene KollegInnen sehen den von uns organisierten Austausch als sehr bedeutsame Unterstützung für ihren Überlebenskampf an.

Die TeilnehmerInnen der letzten Tagung am 14. Oktober 2017 haben in ihrer Entschließung festgestellt:

„Es ist positiv, dass einzelne Gewerkschaften [...] auf ihren Gewerkschaftstagen Beschlüsse zum Kampf gegen BR-Mobbing gefasst haben. Aber diese müssen konsequent umgesetzt und Politik, Justiz und Unternehmen in die Verantwortung genommen werden. [...]“

Wir fordern die Einzelgewerkschaften auf, Opfern von BR-Mobbing unbürokratisch und schnell finanzielle Notlagen-Unterstützung zu gewähren.

Wir erwarten von unseren Gewerkschaften und dem DGB, dass sie hartnäckig streiten für:

- die systematische Erfassung und juristische Verfolgung aller Fälle von BR-Mobbing
- die Bildung spezieller Schwerpunktstaatsanwaltschaften
- das Durchsetzen eines wirksamen Anti-Mobbing-Gesetzes
- das Unterbinden von BR-Mobbing durch die Unternehmerverbände in ihren Mitgliedsfirmen
- den Entzug der Zulassung der „Unrechtsanwälte“, die das Recht nicht pflegen, sondern missachten, zumindest für das Gebiet des Arbeitsrechts
- die Bildung schneller gewerkschaftlicher Einsatzgruppen, die die umfassende Abwehr von BR-Mobbing unterstützen und mit den KollegInnen vor Ort Widerstand organisieren.“

Auf unserer diesjährigen Konferenz werden wir uns mit erfolgreichen Strategien und praktischen Beispielen des Widerstands gegen Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung befassen.

Zudem wollen wir uns mit den schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen von BR-Mobbing auseinandersetzen.

Vor allem aber wollen wir allen betroffenen KollegInnen ein nützliches Forum zum solidarischen Erfahrungsaustausch und zur wirksamen Unterstützung anbieten.

www.gegen-br-mobbing.de

Freitag, 13. Juli 2018: Schwarzer Freitag für real,- auch in Essen

Im Zentrum des bundesweiten Aktionstags gegen Arbeitsunrecht und Union Busting am 13. Juli standen die aktuellen Vorgänge bei der Kaufhauskette Real. Für denselben Tag rief verdi die dort Beschäftigten zum Warnstreik auf.

In Essen fand die Aktion vor dem Real-Markt im Altendorfer Kronenbergcenter statt. Gewerkschaftlich und politisch Aktive und SympathisantInnen zeigten ihre Solidarität mit den Beschäftigten von Real und klärten die Kundschaft darüber auf, wie die derzeitige Situation bei der Kaufhauskette aussieht:

Anfang Mai sind die Beschäftigten in eine Gesellschaft ausgegliedert worden, die einen „Tarifvertrag“ mit der gelben Gewerkschaft HDV hat. Ob die HDV wirklich tariffähig ist, wird derzeit gerichtlich geklärt.

Auf jeden Fall sind die Vereinbarungen sehr viel schlechter als der Tarifvertrag mit der Gewerkschaft verdi. Danach werden die Beschäftigten 26 % weniger verdienen, aber dafür wöchentlich 2,5 Stunden mehr arbeiten müssen. Es gibt keine Nacht- und Spätzuschläge mehr. Weihnachts- und Urlaubsgeld werden nur noch minimal gezahlt.

Derzeit laufen alle befristeten Verträge aus. Den betroffenen KollegInnen wird angeboten, wieder eingestellt zu werden – zwar unbefristet, aber zu den genannten



schlechteren Bedingungen. Diejenigen, die jetzt schon in einer Festanstellung und Verdi-Mitglied sind, behalten erst einmal für ein Jahr die alten Konditionen – es sei denn, sie werden z.B. befördert. Dann erhalten sie einen neuen Vertrag, natürlich

zu den neuen Bedingungen, und damit trotz Beförderung deutlich weniger Geld.

Mit Plakaten, Flyern und Gesprächen wurde die Kundschaft über die Vorgänge bei der Kaufhauskette informiert. Die Plakate weckten auch das Interesse der passierenden AutofahrerInnen, so dass es immer wieder zu Staus kam.

Der Aktionstag sollte dazu beitragen, dass Real und der Mutterkonzern Metro derartige Machenschaften unterlassen (müssen).

Mit dem gleichen Ziel hatte verdi die Beschäftigten der Kette für diesen Freitag, den 13. zum Warnstreik aufgerufen. In Düsseldorf, dem Unternehmenssitz von Real/Metro, fand die zentrale Streikkundgebung statt. Im Real-Markt in Essen-Altendorf hatte die Käsetheke streikbedingt geschlossen.

Quelle: Bericht des Aktionskreises gegen Unternehmerwillkür, www.akuwill.de.



Impressionen von der Aktion am 13. Juli 2018 vor dem Real Markt in Essen-Altendorf.

Fotos: Peter Köster

Frauen*streik 2019

NRW-Vernetzungstreffen am 29. September in Oberhausen

PETRA STANIUS

Bundesweit laufen bereits Vorbereitungen für einen Frauenstreik am 8. März 2019. An Gründen für einen feministischen Streik mangelt es auch in Deutschland nicht. Im Juni hat sich für NRW ein regionales Bündnis gebildet. Im September findet am Theater Oberhausen ein öffentliches Planungs- und Vernetzungstreffen statt.

Bereits im Jahr 2017 gab es einen Aufruf zum Internationalen Frauenstreik am 8. März, der in vielen Ländern auf gute Resonanz stieß. Als für den Internationalen Frauenstreik 2018 aufgerufen wurde, waren zum Frauenkampftag weltweit so viele Menschen auf der Straße wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Viele folgten auch der Aufforderung zu streiken. Besonders beeindruckend war die Beteiligung in Lateinamerika und in Spanien. In Spanien verweigerten über 5 Millionen Frauen die Erwerbs- und/oder Sorgearbeit und legten damit das Land teilweise lahm. Sie erhielten dafür die Unterstützung von Gewerkschaften, die ebenfalls zum Streik aufriefen, und viel Zuspruch aus der Bevölkerung.

In Deutschland fanden Demonstrationen in mehr als zwanzig Städten statt, an denen Tausende sich beteiligten.

Die Vorbereitungen für eine bundesweite Beteiligung am Internationalen Frauenstreik 2019 knüpfen an die Aktivitäten von 2018 an. In mehreren Städten haben sich bereits regionale Bündnisse gebildet und sind dabei, sich zu vernetzen.

„Uns verbindet mehr als uns trennt“: Gründung des NRW-Bündnisses im Juni

Am Theater Oberhausen trafen sich am 25. Juni Vertreterinnen von rund zwanzig Organisationen und Initiativen, um auch für NRW ein Bündnis zu gründen. Die dreißig Teilnehmerinnen kamen aus ganz unterschiedlichen Bereichen: Aktivismus, Soziale Arbeit, Politik, Gewerkschaft, Medien und Kunst. Sie trugen die Themen zusammen, die aus ihrer Sicht im Zentrum feministischer Kämpfe stehen: Verteilung der Reproduktionsarbeit, gesellschaftliche Teilhabe, Selbstbestimmung, Lohn, Arbeitsbedingungen, Ausbeutung, sexualisierte Gewalt sowie mehrfache Benachteiligung durch Rassismus, Homophobie oder wegen einer Behinderung... Der Platz reicht nicht, die Themen alle aufzuzählen. An Gründen für einen Frauenstreik man-

gelt es jedenfalls nicht. Und es wurde einmal mehr deutlich, dass es bei allen Unterschieden zwischen den Teilnehmerinnen eine Menge gemeinsamer Anliegen gibt. Eine Teilnehmerin brachte es auf den Punkt: „Uns verbindet mehr, als uns trennt“.

Die Themen sollen weiter diskutiert, neue Bündnispartnerinnen gewonnen und eine Debatte über die Legitimität von Streiks angestoßen werden. Einfließen sollen hier auch die Erfahrungen aus dem bundesweiten Frauenstreik 1994, der weitgehend aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden ist.

Wie können sich Frauen in ihren unterschiedlichen Lagen an einem Streik beteiligen? Für was stehen die Beteiligten des Bündnisses ein? Wie kann das aussehen?

Das Bündnis lädt dafür alle Frauen* aus NRW zu einem öffentlichen Planungs- und Vernetzungstreffen am 29.09.18 um 12 Uhr in den SAAL 2 des Theater Oberhausen ein. ■

Das Bündnis Frauen*streik 2019 in NRW wurde gegründet von Vertreterinnen von:

Bonner Jugendbewegung, Druckluft (Oberhausen), ensemble-netzwerk, Feminismus im Pott, Frauenverband Courage Essen, Frauen helfen Frauen Oberhausen e. V., Frauenkampftagsbündnis NRW (Düsseldorf), Frauen-Plenum Oberhausen, Heinrich Böll Stiftung NRW, IG Metall NRW, Initiative für Solidarität am Theater, Interventionistische Linke, Katzentisch – feministische Perspektiven (Duisburg), Kurdisches Frauenbüro für Frieden CENİ e.V. (Düsseldorf), Lisa NRW (Linke Sozialistische AG Frauen), Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, Theater Oberhausen, Wir Frauen | Das feministische Blatt, ver.di



Gründung des Frauen*streikbündnisses in Oberhausen, 25. Juni 2018.

Foto: PM.

Ausgrenzung: Nicht Lösung, sondern Teil des Problems

O. G.

Seit Jahren sind wir mit einer niederträchtigen Hetzkampagne konfrontiert. Mit Parolen wie „Flüchtlingsflut“, „Islamisierung“ oder „Asylschmarotzer“ machen rechte Kreise Stimmung. Sie organisieren und unterstützen Terror. Sie schüren Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. In den letzten Monaten haben sie ihre Kampagne noch einmal verstärkt.

Ihre Hassobjekte sind die Ärmsten der Armen. Menschen, die vor Krieg, Unterdrückung, Ausbeutung, Armut und Perspektivlosigkeit fliehen. Menschen, die deswegen ihr Leben riskieren.

Weltweit waren 2017 laut UN rund 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Das ist ein neuer Höchststand seit dem Zweiten Weltkrieg. Dennoch ist die Zahl der Asylanträge in Deutschland aufgrund der Abschottungspolitik der EU erheblich gesunken: von 745.545 im Jahr 2016 auf 65.846 im 1. Halbjahr 2018 (FAZ, 30.06.2018).

Rassismus als Spaltpilz

Vordergründig geht es den Rechten und Ultrarechten um Wahlerfolge. Strategisch geht es ihnen um die Beseitigung unserer demokratischen und sozialen Grund- und Menschenrechte.

Sie bauen MigrantInnen als Sündenböcke auf und vertiefen die Spaltung der arbeitenden Klasse. „Deutsche“ Arme werden gegen „ausländische“ Arme aufgehetzt und ausgespielt.

In dem Aufruf „Solidarität statt Heimat“ heißt es zurecht: „25 Jahre nachdem der Deutsche Bundestag auf rechtsextreme Anschläge und Morde mit der Einschränkung des Grundrechts auf Asyl antwortete, erleben wir wieder eine Politik, die ohne Not und am laufenden Band Zugeständnisse an rassistische Ressentiments macht. Es wird auf Abschottung und Ausschluss gesetzt, die Grenzen werden wieder hochgezogen, Schutzsuchende in Lager gesperrt, Menschenrechte missachtet, Bürgerrechte systema-

tisch abgeschafft und dort, wo sie noch existieren, kaltschnäuzig umgangen.“

Nennen wir das Problem beim Namen: Es heißt Rassismus. Es heißt aber auch Kapitalismus. Denn beides ist eng miteinander verbunden.

Rassismus als Ablenkungsmanöver

Diese Hetze ist offenkundig ganz im Sinne des neoliberalen Kapitalismus.

Rassistische Kampagnen lenken von der hemmungslosen Bereicherung an der Spitze der Gesellschaft ab.

In Deutschland und der EU werden aufgrund der Umverteilungspolitik von unten nach oben enorme Mittel für gesellschaftliche Solidarität gekürzt. Statt der dringend erforderlichen öffentlichen Investitionen werden vor allem die Interessen der Konzerne und der Reichen bedient. Statt gute Arbeit, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Kultur, Pflege, Umweltschutz und Wohnungsbau wirksam zu fördern, erhält die grenzenlose Bereicherung der herrschenden Klasse weiter Vorfahrt.

Rassistische Kampagnen lenken davon ab, dass Kapital und Politik gerade dabei sind, die Arbeitswelt grundlegend umzugestalten. Im Namen der „Digitalisierung“ sollen alle Hindernisse der Profitmaximierung beseitigt werden – zum Beispiel starke Gewerkschaften, Schutzrechte für Lohnabhängige und soziale Errungenschaften. ■

Grund- und Menschenrechte verteidigen!

**Es ist Zeit aufzustehen und aktiv zu werden:
Gegen Rassismus und gegen Kapitalismus!
Für die Verteidigung unserer Grund- und Menschenrechte!**



Stoppt das Ertrinken im Mittelmeer!, Demo in Essen, 13. Juli 2018.

Foto: Avanti O.

Wer regiert die Stadt? Der Markt? Der Staat? Die Zivilgesellschaft?

ANDREA-CORA WALTHER

Die Funktion der Kommune in einer Demokratie hat die Chance, sich immer wieder den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger, die in ihr leben, anzupassen.

Die „Ordnungskommune“ alter Prägung ist nicht mehr angesagt.

Leitziel dieser Kommune war Rechtsstaatlichkeit, die die Rolle der Kommune als Obrigkeit festschrieb. Die Kommune wurde gesteuert durch hoheitliches Handeln. Hierarchie war hier die Methode, die ihre Bürgerinnen und Bürger in ihrer Rolle als EmpfängerInnen hoheitlicher Anordnungen wahrnahm.

Immerhin sorgt auch eine solche Kommune für Information ihrer Bürgerinnen und Bürger. Und so finden sich auch in der Vorhabenliste der Stadt Oberhausen nur zwei „Vorhaben“, in denen noch nicht einmal „Information“ als Bürgerbeteiligungsformat vorgesehen sind – bei der Feuerwehrleitstelle und bei der Studie „Wohnen in Oberhausen 2017“.

Dafür gibt es leider viele Vorhaben, in denen nur „Information“ vorgesehen ist; immerhin 17 von 58, was knapp 30 % entspricht. Das schon als eine Form von „Bürgerbeteiligung“ zu definieren, ist allerdings fragwürdig. In Zeiten von der Geltung eines „Informationsfreiheitsgesetzes“ sollte Information doch so selbstverständlich sein, dass es keiner Erwähnung bedarf?

Aber es gibt ja durchaus höhere Formen der Bürgerbeteili-

gung. Und auch in der Vorhabenliste der Stadt Oberhausen ist als nächste Stufe des Gestaltungsspielraums der Beteiligung die „Anhörung“ genannt. Ganze sieben Vorhaben kommen auf die Stufe der Anhörung zur Bürgerbeteiligung.

Die Kommune als Dienstleister

Und tatsächlich über die Hälfte der Vorhaben sehen sogar eine Beratung vor (30 von 58). Damit aber kommen wir schon fast zu einem veränderten Verständnis von Kommune. Weg von Obrigkeit und Hierarchie hin zu Dienstleistung und Kundenorientierung.

Die Kommune als Dienstleister. Die Bürgerinnen und Bürger als Kundinnen und Kunden. Die Steuerungsmethode ist das Management.

Das scheint sich mit dem Verständnis auch der Verwaltung der Stadt Oberhausen zu decken, wenn es um Bürgerbeteiligung geht. So kann man hier auf der Homepage der Stadt unter dem Stichwort „Bürgerbeteiligung“ lesen:

„Bürgerbeteiligung braucht Meinungs-austausch, Transparenz und selbstverständlich auch Kritik, die wir als Chance und nicht als Bedrohung begreifen. [...]“

Bürgerbeteiligung zu stärken – das ist ein wichtiges Anliegen



WSO-Fest auf dem John-Lennon-Platz, 13. Juni 2015.

Foto: Andrea-Cora Walther.

der Stadt Oberhausen. Beteiligung eröffnet die Möglichkeit für alle betroffenen und interessierten Personen, ihre Anliegen bei der Entwicklung von Plänen, Programmen und politischen Prozessen zu vertreten und einzubringen. Die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen erfordert Einsatzbereitschaft und den Willen zum Dialog und gegenseitigem Verständnis.“

„Immerhin“, freut sich die Laiin, aber die Fachfrau wundert sich. Soll das alles gewesen sein? Sind wir nicht schon weiter? Haben wir so wenig Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger, dass wir zufrieden sein können, wenn sie einmal alle fünf bis sechs Jahre bei Kommunalwahlen, alle vier bis fünf Jahre die Landtage und alle vier Jahre den Deutschen Bundestag durch die Abgabe ihrer Stimme tatsächlich „mit“bestimmen?

„Mitbestimmung“ ist die höchste Form der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Sie findet sich exakt zwei Mal in der Vorhabenliste der Stadt Oberhausen; so bei der „Zukunftstadt“ und bei den „Sporthallenpaten“. Tatsächlich konnte dann fix per „Dekret(?)“ von der Verwaltungsleitung in der Ratssitzung am 25. Juni 2018 diese Form des Gestaltungsspielraumes für Bürgerbeteiligung auf weitere Vorhaben ausgeweitet werden. So werden Spielplatzplanungen schon lange unter starker Beteiligung und Mitbestimmung der anwohnenden Bürgerinnen und Bürger durchgeführt.

Kein Recht auf Beteiligung

Ansonsten zieht sich Oberhausen auf geltendes Recht zurück. Die Stadt als Ordnungsgemeinde, die für die Rechtsstaatlichkeit zu sorgen hat und als Obrigkeit die Bürgerinnen und Bürger hierarchisch leitet. Diese Stadt muss nicht beteiligen. Neben dem Verfahren zur

Aufstellung von Bebauungsplänen ist eine Bürgerbeteiligung in Baugenehmigungsverfahren, die sich nach Landesrecht richten, nicht vorgesehen. (Zitiert aus der Antwort der Dezernentin Sabine Lauxen zur Anfrage 27 von 2018.)

So ist diese Entscheidung im Rat der Stadt vom 18. Mai 2015, ein Konzept zur „Bürgerbeteiligung in Oberhausen“ zu entwickeln, schon völlig freiwillig (Drucksache Nr. B/16/0805-01). Wenn dann als zentraler Bestandteil des Ratsbeschlusses vom Mai 2015 die Erstellung einer Vorhabenliste vorgesehen ist, ist das völlig freiwillig. Und wenn dann in dieser Vorhabenliste bei einigen Bauvorhaben durchaus auch Bürgerbeteiligung bis hin zu Beratung vorgesehen ist, dann ist das völlig freiwillig.

Eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ohne Rechtsanspruch, ohne Rechtsanspruch zumindest auf „Gleichmäßigkeit“ der Beteiligung bei vergleichbaren Vorhaben, ohne Möglichkeit, für die Nicht-Beteiligung wenigstens eine Begründung zu erhalten, ist: „Willkür“.

Und auf jeden Fall weit, weit weg vom Ziel einer „Bürgerkommune“. Eine Kommune, die Teilhabe aller ermöglicht. Eine Kommune, die jedem Beteiligten zutraut, dass jeder etwas einbringen kann in einen Entscheidungsprozess. Eine Kommune, in der professionelle MitarbeiterInnen den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt auf Augenhöhe begegnen.

Wem gehört die Stadt?

Der Verwaltung?

Der Politik, die dieser Verwaltung die politischen Ziele vorgibt und sie kontrolliert? ■



Bei der Maikundgebung auf dem Ebertplatz, 1. Mai 2018.

Karl Marx wird 200 (Teil VI)

Die „endlich entdeckte politische Form“

MANUEL KELLNER

Nach gängiger Meinung dient der Staat der Gesellschaft insgesamt, vor allem, wenn die Regierungen aus freien Wahlen hervorgehen. Karl Marx schrieb jedoch im *Kommunistischen Manifest*: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“ (MEW 4, S. 464.) Die Regierungen müssen den Anschein erwecken, für alle Bürgerinnen und Bürger da zu sein; in Wirklichkeit arbeiten sie für die Interessen des Kapitals. Ganz allgemein galt für Marx: „politische Gewalt ist im eigentlichen Sinne die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen.“ (MEW 4, S. 482.)

Dem widerspricht nicht, dass mit bestimmten diktatorischen und autoritären Regierungsformen nur Teile der herrschenden Kapitalistenklasse unmittelbar politische Macht ausüben. Es ist unter günstigen Bedingungen auch möglich, Maßnahmen im Interesse der arbeitenden Klasse durchzusetzen, wie etwa den 10-Stunden-Tag 1847 in England.

Im März 1850 schrieb Marx im Rückblick auf die gescheiterte Revolution von 1848/49, die arbeitende Klasse müsse „nicht nur auf die eine und unteilbare Republik, sondern auch in ihr auf die entschiedenste Zentralisation der Gewalt in die Hände der Staatsmacht hinwirken“. (MEW 7, S. 252.) Das stand in der Tradition der zeitgenössischen (vor allem französischen) Vorstellungen von revolutionärer Diktatur, um den Widerstand der herrschenden Klasse zu brechen. Doch bei allen späteren Äußerungen von Marx wird umgekehrt seine gegen autoritäre Staatsmacht gerichtete Position deutlich.

Das gilt ganz besonders für seine Verarbeitung der Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871. Sie würde „dem gesellschaftlichen Körper alle die Kräfte zurückgegeben haben, die bisher der Schmarotzer-Auswuchs ‚Staat‘, der von der Gesellschaft sich nährt und ihre freie Bewegung hemmt, aufgezehrt hat.“ (MEW 17, S. 341.) Marx betont die „Art“, in der „nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch die ganze, bisher durch den Staat ausgeübte Initiative [...] in die Hände der Kommune gelegt“ wurde. (MEW 17, S. 339.)

Die „Diktatur des Proletariats“ als Herrschaft einer Gesellschaftsklasse, die von Anfang an den Keim des Absterbens aller Herrschaft von Menschen über Menschen in sich trägt, stellte sich Marx nunmehr als Verallgemeinerung der Kommunalverfassung von 1871 in Paris vor:

„Die Einheit der Nation [...] sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war.“ (MEW 17, S. 340.)

Die Pariser Kommune war aus freien Wahlen hervorgegangen. In ihr waren verschiedene politische Strömungen vertreten. Die Abgeordneten waren ihren Wählern (leider nur den Männern) rechenschaftspflichtig, jederzeit absetzbar und erhielten durchschnittlichen Arbeiterlohn. Für Marx „war [die Pariser Kommune] wesentlich eine *Regierung der Arbeiterklas-*

se, [...] die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“ (MEW 17, S. 342.)

Sein Freund Friedrich Engels bekräftigte dies 1891: „Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.“ (MEW 22, S. 199.) ■



Das von der Volksrepublik China gespendete Marx-Denkmal in Trier.

Die Apostolin des Communismus

Mathilde Franziska Anneke zum Gedenken

Am 12. Juni 2018 fand in der Fabrik K14 ein Liederabend statt: Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Revolution, Revolution“ spielten Rainer und Stephan aus Oberhausen Lieder unter dem Motto „Zwischen Romantik, Revolution und Reaktion“. Anlass waren der Jahrestag der Deutsche Revolution 1848 und der 200. Geburtstag von Karl Marx (siehe Juni/Juli-Ausgabe der *Avanti O.*).

Während der Veranstaltung erinnerte Udo Filthaut an die Revolutionärin Mathilde Franziska Anneke, die – wie viele bedeutende Frauen – zumindest in Deutschland weitgehend in Vergessenheit geraten ist. Diesen Beitrag drucken wir hier ab.

geboren wurde Mathilde Franziska am 3. April 1817 auf dem großväterlichen Gut Leveringhausen, heute zu Sprockhövel gehörig.

Ihre Eltern, die Gieslers, waren nicht irgendwer. Sie gehörten zur Hautevolee des Ruhrgebiets.

Ihr Vater, Besitzer und Aktionär mehrerer Zechen, verspekulierte sich jedoch mit Eisenbahnaktien, worauf die Familie mit ihren zwölf Kindern in ein bescheideneres Haus nach Hattingen umziehen musste.

Mit 19 Jahren wurde Mathilde Franziska Giesler mit dem reichen adligen Mülheimer Weinhändler Alfred von Tabouillot verheiratet. Ihr Ehemann erwies sich als gewalttätig und trunksüchtig. Bereits nach kurzer Zeit, ihre Tochter war gerade geboren, verließ sie ihn. Sie zog über Wesel nach Münster. Ein erster und damals revolutionärer Schritt in ihr neues Leben.

In Münster bestritt sie ihren Lebensunterhalt mit dem Verfassen von Gebetbüchern und religiösen Gedichten. Sie führte ein konservatives und gottgefälliges Leben. Dann aber machte sie ganz wie von selbst und mit erstaunlicher Geschwindigkeit weitere Schritte.

Der kräftezehrende Scheidungsprozess beschied der gebildeten und selbstbewussten Bürgerstochter eine tief erschütternde Erfahrung: Was für Bösartigkeiten und welche Zwänge hielt doch die männliche Weltordnung für Frauen, die sich nicht fügen wollten, bereit!

Über einen Frauenzirkel, vielleicht vergleichbar mit einer heutigen Selbsthilfegruppe, wurde sie mit den ersten zaghaften feministischen Gedanken vertraut.

Und dann ging es Schlag auf Schlag. Sie verliebte sich in den wenig später uneh-

renhaft aus der preußischen Armee entlassenen Offizier Friedrich Anneke, welcher sie mit aufmüpfigen jakobinischen, gar „communistischen“ Gedanken begeisterte. Anneke war da schon eng mit Marx und Engels befreundet.

„Das Weib im Conflict mit den socialen Verhältnissen“ nannte Mathilde Franziska, schon als „Apostolin des Communismus“ verschrien, eine ihrer ersten politischen Schriften.

Mit Fritz ging Mathilde, nun verheiratete Anneke („Der Pfarrer sagte allerlei Unsinn über Gott und einiges Hübsche über die Liebe.“; M. F. Anneke) nach Köln. Dort geriet auch sie sehr schnell in die Kreise um Marx, Engels, Herwegh. Sogar mit Bakunin war sie befreundet.

Auf Anregung von Anneke gründete sie die erste von einer Frau gemachte Zeitung überhaupt. Die „Neue Kölnische Zeitung“ (NRhZ). Als Karl Marx '48 die „Neue Rheinische Zeitung“ aufgeben musste und Deutschland verließ, empfahl er seinen Lesern Frau Annekes Zeitung. Diese wurde alsbald ebenfalls von der Zensur verboten und erschien ab September 48 als „Frauenzeitung“ weiter. Fritz Anneke und andere saßen im Gefängnis, Engels war auf der Flucht, Marx hatte alle Hände voll zu tun, die Schulden der NRhZ zu bezahlen. Die Männer waren geschlagen, aber die „Frauenzeitung“ erschien. Leider nur für wenige Wochen, dann obsiegte die preußische Zensurbehörde.

Mathilde Franziska lag allerdings nichts ferner, als sich von so einem Vorfall den Wind aus den Segeln nehmen zu lassen, wie ihr weiterer Lebenslauf zeigt.

Als in der Pfalz und in Baden das preußische Heer gegen die revolutionären Truppen antrat, wurde Fritz Anneke der

Befehlshaber der Artillerie und Frau Anneke seine berittene Ordonanz. Ihre mutige und selbstbewusste Erscheinung lies jede Kritik oder auch den Spott an einer Frau im Kampf schon im Keim ersticken.

Nach der furchtbaren Niederlage bei Rastatt flohen die Annekes, Friedrich Engels und viele andere der Überlebenden unter noch tagelangen Kämpfen in die Schweiz. Deutschland versank im Terror der Konterrevolution.

Viele der Revolutionäre gingen dann nach Amerika, auch die Annekes. Dort waren die „48'er“ enthusiastisch willkommen geheißen. Durch ihre Teilnahme am Bürgerkrieg und in politischen Ämtern wirkten sie entscheidend an der Entstehung der – damals noch freiheitlichen –



Zeitgenössische Abbildung von Mathilde Franziska Anneke, erschienen 1840 in „Der Märker“. Abbildung: Gemeinfrei.

Vereinigten Staaten mit.

Mathilde Anneke gründete in Milwaukee nicht nur die erste Schule für Mädchen, sondern sie erlangte sehr bald auch ein großes Ansehen als Frauenrechtlerin und Begründerin der amerikanischen feministischen Bewegung. Und bis an ihr Lebensende kämpfte sie für die Rechte der AfroamerikanerInnen und die der indigenen Urbevölkerung.

Am 25.11.1884 verstarb in Milwaukee die dort hoch geehrte Mathilde Franziska Anneke. Die Zeitungen in den USA gedachten mit bewegenden Nachrufen dieser bedeutenden Frau. Bis

zum heutigen Tag ist sie in den USA, jedenfalls unter Feministinnen, bekannt.

In Deutschland aber war 20 Jahre später die revolutionäre feministische Vorkämpferin gänzlich in Vergessenheit geraten – ein typisches Schicksal unbequemer Frauen:

Wer kennt heute noch Annekes Mitstreiterinnen Luise Aston, Emma Herwegh, Franziska Hammacher oder Sophie Gräfin Hatzfeldt? Alles Streiterinnen für Frauenrechte im Vormärz und in der Revolution 1848/49. Alles noch zu hebende Schätze nicht nur der weiblichen Emanzipation. ■

Trotz alledem!

Das war 'ne heiße Märzenzeit,
Trotz Regen, Schnee und alledem!
Nun aber, da es Blüten schneit,
Nun ist es kalt, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
Trotz Wien, Berlin und alledem –
Ein schnöder scharfer Winterwind
Durchfröstelt uns trotz alledem!

Das ist der Wind der Reaktion
Mit Mehlthau, Reif und alledem!
Das ist die Bourgeoisie am Thron –
Der annoch steht, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
Trotz Blutschuld, Trug und alledem –
Er steht noch und er hudelt uns
Wie früher fast, trotz alledem!

Die Waffen, die der Sieg uns gab,
Der Sieg des Rechts trotz alledem,
Die nimmt man sacht uns wieder ab,
Sammt Kraut und Loth und alledem!
Trotz alledem und alledem,
Trotz Parlament und alledem –
Wir werden unsre Büchsen los,
Soldatenwild trotz alledem!

Doch sind wir frisch und wohlgemuth,
Und zagen nicht trotz alledem!
In tiefer Brust des Zornes Gluth,
Die hält uns warm trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
Es gilt uns gleich trotz alledem!
Wir schütteln uns: Ein garst'ger Wind,
Doch weiter nichts trotz alledem!

Denn ob der Reichstag sich blamirt
Professorhaft, trotz alledem!
Und ob der Teufel reagirt
Mit Huf und Horn und alledem –
Trotz alledem und alledem,
Trotz Dummheit, List und alledem,
Wir wissen doch: die Menschlichkeit
Behält den Sieg trotz alledem

Und ob der Prinz zurück auch kehrt
Mit Hurrah hoch und alledem: –
Sein Schwert ist ein zerbrochen Schwert,
Ein ehrlos Schwert trotz alledem!
Ja doch: trotz all- und alledem,
Der Meinung Acht, trotz alledem,
Die brach den Degen ihm entzwei
Vor Gott und Welt, trotz alledem!

So füllt denn nur der Mörser Schlund
Mit Eisen, Blei und alledem:
Wir halten aus auf unserm Grund,
Wir wanken nicht trotz alledem!
Trotz alledem und alledem!
Und macht ihr's gar, trotz alledem,
Wie zu Neapel jener Schuft:
Das hilft erst recht, trotz alledem!

Nur, was zerfällt, vertretet ihr!
Seid Kasten nur, trotz alledem!
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,
Sind ewig drum, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem!
So kommt denn an, trotz alledem!
Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht –
Unser die Welt trotz alledem!

Friedensdemo statt Kriegskonferenz

Samstag, 6. Oktober um 2 vor 12
ab RWE-Turm Essen

Wir unterstützen den Aufruf zur Demo 2018:

Seit 2015 gibt es im Herbst in der Messe Essen Kriegsplanungs-Konferenzen hoher Nato-Militärs.

Die für Oktober 2018 geplante Konferenz wird unter dem Titel „Im Nebel des Tages Null – Luft und Welt-raum an der Frontlinie“ eingeladen. Die Stunde Null gilt für die Militärs als Beginn des Krieges.

Einen Krieg in Europa in Erwägung zu ziehen, widerspricht den Lebensinteressen der Menschen: Er wäre das Ende dieses Erdteils, der dicht besiedelt und hoch industrialisiert ist.

Die circa 200 Atomreaktoren würden einen Krieg schnell zum nuklearen Inferno werden lassen.

Die Kalkarer Nato-Einrichtung „Joint Air Power Competence Centre“ [JAPCC] organisiert die Essener Kriegsplanungs-Konferenzen. Sie werden unter anderem von den Atomrüstungskonzernen Lockheed Martin und General Atomics gesponsert.

Die Konferenz 2015 befasste sich mit Manipulations-

methoden, um die Vorbehalte der Bevölkerung gegen Militäreinsätze zu schwächen. Die Konferenz 2016 behandelte militärische Aktivitäten in Kampfgebieten. In der letztjährigen Konferenz zum Thema „Abschreckung“ formulierten die Militärs, man brauche Pläne zum Einsatz auch von atomaren Potenzialen. Diese brandgefährliche Strategie begründen die Militärs damit, dass nur die Waffen, die man auch einzusetzen bereit sei, abschrecken.

Der einstige Essener Bundespräsident Heinemann bezeichnete Atombomben als „sogenannte Waffen“, da ihr Einsatz die Negation der Zivilisation darstelle. Man nehme den eigenen Untergang in Kauf.

Die Konferenzen des JAPCC verstoßen gegen die Bedürfnisse des Lebens und gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes und des Völkerrechts.

Sie sind deshalb nicht zuzulassen! Wir protestieren mit unserer Demonstration!

Den Aufruf und weitere Infos findet ihr unter
www.no-natom-krieg.de

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Oberhausen)

- Samstag, 06.10.18, 12:00 Uhr, Großdemonstration Hambacher Forst (siehe u. a. hambacherforst.org), Buir Bahnhof (Kerpen)
- Samstag, 06.10.18, zwei vor zwölf, Friedensdemo statt Kriegskonferenz (siehe www.no-natom-krieg.de), Auftaktkundgebung am RWE-Turm, Essen
- Montag, 08.10.18, 18:00 Uhr, Treffen vom Essener Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus, Gewerkschaftshaus (Raum K2), Teichstr. 4a, Essen
- Samstag, 13.10.18, 13:00 Uhr, 5. Konferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus, Hans-Böckler-Str. 1, Mannheim
- Sonntag, 14.10.18, 16:00, Film und anschließende Diskussion: A WOMAN CAPTURED – eine gefangene Frau, Walzenlagerkino, Oberhausen
- Dienstag, 23.10.18, 18:00 Uhr, Veranstaltung des *Essener Bündnisses für mehr Personal im Krankenhaus* – Krankenhaus statt Fabrik, Villa Rü, Essen
- Mittwoch, 24.10.18, 19:00 Uhr, Treffen des Frauen-Plenum Oberhausen (Ort bitte erfragen)

Vorschau

- Montag, 12.11.18, 18:00 Uhr, Treffen vom Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Gewerkschaftshaus, Teichstr. 4a, Essen

Impressum + Redaktion:

ISO Oberhausen & FreundInnen
V.i.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
Email: info@iso-4-oberhausen.de
Web: www.iso-4-oberhausen.de

Kontakt:

ISO / IV. Internationale Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen



Braunkohle Stopp – Hambacher Wald bleibt Gerechten Strukturwandel aktiv angehen

Wir sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Wir setzen uns ein für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gute Entlohnung. Wir wissen, dass die Mehrheit der Bevölkerung darauf angewiesen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Deshalb sind uns die Arbeitsplätze der Beschäftigten in der Kohle- und der Autoindustrie nicht gleichgültig. Aber klar ist auch: wenn die Vorgabe des Pariser Klimaschutzabkommens eingehalten werden soll, braucht es einen schnellen Ausstieg aus der Kohleverstromung, zu allererst aus der Braunkohle, da sie der größte Klimakiller ist. Wir setzen uns innerhalb der Gewerkschaften für eine aktive Rolle in Klimaschutzfragen ein, weil sie letzten Endes dafür sorgen müssen, dass es sozialverträgliche Regelungen, mit der Erarbeitung entsprechender Beschäftigungsalternativen, für die Beschäftigten in den betroffenen Bereichen geben muss.

HAMBI BLEIBT!

Seit dem 12. September lässt die Nordrhein-Westfälische Landesregierung im Auftrag von RWE mit einem riesigen Polizei- und Materialaufwand den Hambacher Wald räumen. Dabei wird wenig bis keine Rücksicht auf Natur und Menschen genommen. Es werden Spezialkräfte eingesetzt, um die Baumbesetzer*innen aus ihren Baumhäusern zu holen und Demonstrant*innen unter Androhung von Gewalt aus vom Wald fern fernzuhalten. Sogar der sonntägliche Waldspaziergang unter Leitung des Försters Zobel, soll verboten werden, obwohl alle Waldbesitzer verpflichtet sind, den Wald für die Bevölkerung zugänglich zu halten.

„REDEN STATT RODEN“

Selbst die Gewerkschaft der Polizei hat schon in der ersten Woche den von der Landesregierung angeordneten Polizeieinsatz kritisiert und verlangt „Reden statt roden“. Der Landesverband von ver.di-NRW fordert die Landesregierung auf, die Rodungen zumindest so lange auszusetzen, bis die sogenannte Kohlekommission ihr Ergebnis vorgelegt hat. Die Gewerkschaft IG BCE steht allerdings unverrückbar an der Seite von RWE und der Landesregierung. Sie setzt sich vermeintlich für den Erhalt von Arbeitsplätzen ein, von

denen jede*r weiß, dass sie angesichts des Klimawandels nicht mehr vertretbar sind. Zudem hetzt sie gemeinsam mit RWE und Innenminister Reul gegen die „kriminelle“ Klimagerechtigkeitsbewegung, in der sich überwiegend junge Menschen um das Leben auf unserem Planeten sorgen.

UMDENKEN, UMLENKEN - JETZT!

Es ist nicht die Schuld der Arbeitnehmer, dass es so weit gekommen ist, sondern Ergebnis einer jahrzehntelang verfehlten Energiepolitik und Versäumnissen auf gewerkschaftlicher Seite, ausgehend von einer Ideologie des ewigen Wachstums. Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verstehen uns als Teil der Klimabewegung und wenden uns gegen das Ausspielen von Ökologie und Arbeitsplätzen. Allein in der Solar- und Windenergieindustrie wurde ein Vielfaches an Arbeitsplätzen geschaffen verglichen mit denen in der Kohleverstromung. Durch die von der Bundesregierung verursachten Verlangsamung des Ausbaus der erneuerbaren Energien werden momentan aber wieder Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet. Wo bleibt der Aufschrei gegen diesen Arbeitsplatzverlust? Wir sind für eine aktive, zukunftsweisende Gestaltung des Strukturwandels in den Braunkohlerevieren, die nicht zu Lasten der Beschäftigten und Anwohner*innen gehen darf und fordern die Abkehr von einem Wirtschaftsmodell, das unseren Planeten verheizt.

Deshalb sind wir am 6. Oktober dabei, wenn in Kerpen-Buir für den Erhalt des Hambacher Waldes und den Ausstieg aus der Braunkohle demonstriert wird.

